



Im Verfassungsgericht in Johannesburg © Julia Weber

Länderporträt Südafrika

Ein politischer Steckbrief

Von Henning Suhr

Zusammensetzung der Legislative: Zweikammersystem

Die ersten demokratischen Wahlen unter Beteiligung der schwarzen Bevölkerung fanden im April 1994 statt.

Das politische System Südafrikas basiert auf einem Zweikammersystem mit Sitz in Kapstadt. Die National Assembly wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, wobei jeweils die Hälfte der 400 Mitglieder über landesweite Listen und Provinzlisten in das Parlament einzieht. Es gibt keine Sperrklausel. Die zweite Kammer ist der National Council of Provinces. Jede der neun Provinzen Südafrikas entsendet unabhängig von ihrer Größe oder Einwohnerzahl zehn Mitglieder.



Seit dem 9. Mai 2009 ist Jacob Zuma Staatspräsident der Republik Südafrika © Marit Arnold

Der Staatspräsident als Regierungschef

Der Staatspräsident ist auch der Regierungschef. Die Abgeordneten der National Assembly wählen ihn für eine Legislaturperiode von fünf Jahren. Durch ein Misstrauensvotum kann der Präsident abgewählt werden. In diesem Fall muss das Parlament innerhalb von 30 Tagen einen Nachfolger gewählt werden, sonst muss das Parlament aufgelöst werden.

Die Judikative

Mit dem Ende der Apartheid entstand im Rahmen der Übergangsverfassung von 1993 das Verfassungsgericht der Republik Südafrika, das im Februar 1995 die Arbeit aufnahm. Der Sitz des Verfassungsgerichts ist an einem historischen Ort, dem Constitution Hill, in Johannesburg. Die elf Richterinnen und Richter werden vom Staatspräsidenten auf Vorschlag der Judicial Service Commission für eine einmalige Amtsperiode zwischen zwölf bis 15 Jahren ernannt.

Die Parteienlandschaft

Die Formierung politischer Parteien ist frei und nicht genau beschrieben. Die Parteien müssen sich jedoch bei der „Independent Electoral Commission“ registrieren, um an öffentlichen Wahlen teilnehmen zu können. In Südafrika ist lediglich die staatliche Parteienfinanzierung gesetzlich geregelt, eine Offenlegung der privaten Spenden ist nicht vorgeschrieben. Insbesondere der ANC erhält große Summen von Parteien aus dem Ausland, darunter aus Ländern wie Libyen, China oder Äquatorial-Guinea.



Der linksgerichtete *African National Congress (ANC)* ist die ehemalige Befreiungsorganisation und seit dem Ende der Apartheid vor 16 Jahren die Dauerregierungspartei Südafrikas. Zusammen mit dem mächtigen Gewerkschaftsbund Congress of South African Trade Unions (COSATU) und der South African Communist Party (SACP) konstituiert er die Tripartite Alliance. Der ANC hält nicht nur knapp zwei Drittel der Parlamentsmandate, sondern stellt auch in acht von neun Provinzparlamenten die Mehrheit und somit die dort regierenden Premiers. Zudem gibt es eine enge Verflechtung zwischen zahlreiche staatlichen und halbstaatlichen Großunternehmen und der Partei. Die große Popularität des ANC ist auf seinen Nimbus als Befreiungsorganisation zurückzuführen. So entscheiden sich nach wie vor die meisten Wähler für die Partei, obwohl sie seit der Übernahme der Regierungsverantwortung dem Selbstanspruch und den Erwartungen ihrer Anhänger, besonders in der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik, keinesfalls gerecht geworden ist.



Die liberale *Democratic Alliance (DA)* ist im Jahr 2000 aus einem Zusammenschluss mehrerer Parteien hervorgegangen und wurde bei den Wahlen 2009 mit 16,66 Prozent der gültigen Stimmen stärkste Oppositionspartei. Ihre Parteivorsitzende Helen Zille ist die Premier in der Westkap-Provinz, der einzigen, die von der Opposition regiert wird. Die DA versucht, mit einer besseren Service Delivery die Grundversorgung der Bürger sicherzustellen, um so eine politische Alternative zum ANC zu bieten.

Der *Congress of the People (COPE)* hat sich als Abspaltung des ANC im Jahre 2008 gegründet. Vorsitzender ist der ehemalige Freiheitskämpfer und Weggefährten Nelson Mandelas, Mosiuoa „Terror“ Lekota (Den Spitznamen „Terror“ erhielt Lekota aufgrund seines Kampfeinsatzes beim Fußballspiel im Gefängnis). Hoffnungsvoll gestartet ist COPE derzeit drittstärkste politische Kraft. Einerseits hat die Partei eine höchst heterogene Wählerschaft, die auf ein großes Potenzial hindeutet, andererseits bestehen parteiinterne Streitigkeiten, die die Zukunft unklar erschienen lassen.



Die *Inkatha Freedom Party (IFP)* vertritt Werte wie Humanismus (Ubuntu), Pluralismus und Föderalismus. Die Partei setzt sich für einen funktionierenden Rechtsstaat, soziale Gerechtigkeit und eine soziale Marktwirtschaft ein. Sie ist eine demokratische, konservative Partei und hat ihre Wurzeln in dem 1928 von Zulu-König Solomon gegründeten „National Cultural Liberation Movement“. Diese kulturelle Bewegung wurde 1975 von Dr. Mangosuthu Buthelezi wiedergegründet und 1990 in eine Partei umgewandelt. Die Partei verlor in den letzten Jahren aufgrund schlechter Wahlergebnisse an Einfluss.



Ergebnis der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 18. April 2009:

Partei	Sitze	Prozent der gültigen Stimmen
ANC	264	65,9
DA	67	16,66
COPE	30	7,42
IFP	18	4,55

Die restlichen Stimmen und Sitze entfielen auf neun Parteien, die mit je weniger als einem Prozent der Wählerstimmen ins Parlament einzogen. Staatspräsident wurde Jacob Zuma (ANC).